

11. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

4. Juli 1951.

305/J

Anfrage

der Abg. Ernst F i s c h e r und Genossen
an den Bundeskanzler,

betreffend die rechtswidrige Aussiedlung österreichischer Staatsbürger
aus Siezenheim (Salzburg), um Platz für eine amerikanische Militärstadt
zu schaffen.

Am 17. Mai und am 6. Juni d. J. haben die unterzeichneten Abgeordneten
Anfragen an den Bundeskanzler wegen des Baues einer amerikanischen Militär-
stadt auf dem Boden von Wals und Siezenheim gerichtet. Unter Missachtung
seiner Pflichten hat der Bundeskanzler nicht nur diese Anfragen nicht
beantwortet, sondern auch jene gesetz- und völkerrechtswidrigen Massnahmen
gedeckt, durch die österreichische Staatsbürger von Haus und Hof vertrieben
werden, um amerikanischen Soldaten Platz zu machen.

Nunmehr hat ein Salzburger Gericht in Zivilsachen (Vorsitzender
OLGR Dr. Schneider) am 30. Juni d. J. die Ungesetzlichkeit der Aussiedlung
im Falle eines Siedlers festgestellt, bei dessen Kündigung die österreichi-
schen Behörden - wie der unabhängige Richter feststellen musste - das
Gesetz gröblich verletzt haben.

Das Schweigen des Bundeskanzlers auf parlamentarische Anfragen und
die Verletzung des Rechtes österreichischer Staatsbürger durch österrei-
chische Behörden, die sich zu Dienstboten der amerikanischen Besatzungsmacht
erniedrigen, sind Ausdruck der gleichen verwerflichen Politik der bedin-
gungslosen Unterordnung unter den amerikanischen Kriegsbefehl. Das
Salzburger Gericht konnte feststellen, dass die österreichischen Behörden
die volle Verantwortung für den Bodenraub in Siezenheim tragen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler
folgende

Anfragen:

1.) Ist der Herr Bundeskanzler bereit, die Öffentlichkeit über die
Errichtung eines amerikanischen Militärstützpunktes in Österreich und
über die Eingliederung unseres Landes in die amerikanischen Kriegspläne
aufzuklären?

2.) Auf welches Gesetz oder auf welchen Regierungsbeschluss stützt
sich die gerichtlich festgestellte "Bevorschussung" des amerikanischen
Entschädigungsaufwandes aus Steuergeldern?

3.) Woher nimmt die Regierung das Recht, den Amerikanern für ihre
Kriegsbauten Grundstücke anzubieten, die nicht ihr, sondern österrei-
chischen Staatsbürgern gehören?

4.) Wann wird der Herr Bundeskanzler die parlamentarischen Anfragen
an ihn vom 17. Mai und vom 6. Juni d. J. endlich beantworten?